

Kiesinger plädiert für Volksentscheide

Der Bundeskanzler regt unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an politischen Fragen an

Von unserer Bonner Redaktion

of. BONN, 29. Dezember. Bundeskanzler Kiesinger ist zum Jahreswechsel mit dem bemerkenswerten Vorschlag hervorgetreten, die Bevölkerung der Bundesrepublik in Zukunft an wichtigen politischen Fragen durch Volksentscheide, die in der Verfassung verankert werden müßten, stärker als bisher unmittelbar zu beteiligen. In welchen Fragen dies geschehen soll, ließ allerdings der Kanzler völlig offen. Im innenpolitischen Teil seines Interviews mit dem Südwestfunk (siehe auch Seite 1) meinte Kiesinger weiter, auch eine Reihe anderer Fragen unserer Verfassung sollte überprüft werden. So müsse man überlegen, ob das im Jahre 1949 entworfene bundesstaatliche System „noch in Ordnung ist“. Schließlich sei auch zu erwägen, ob die im Grundgesetz festgelegte Beschränkung der Legislaturperiode auf vier Jahre dem außerordentlichen „Entwicklungstempo“ noch angemessen sei. Nachdrücklich betonte jedoch der Kanzler, daß alle diese Fragen, insbesondere das Problem des Bund-Länder-Verhältnisses, in Ruhe und im gegenseitigen Verständnis überprüft werden müßten. Anders sei nichts zu erreichen.

Zu den Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und den Ländern äußerte der Kanzler im einzelnen, weder die extreme Form des Zentralismus noch des Föderalismus biete einen Ausweg. Die Wahrheit liege vielmehr in der Mitte. Es komme deshalb darauf an, „ein wirklich funktionierendes bundesstaatliches System fortzuentwickeln“. Dabei sei es durchaus möglich, Zuständigkeiten vom Bund auf die Länder zu verlagern. Andererseits, so hob der Kanzler hervor, „wäre ein bloßes Besitzstanddenken von seiten der Länder gefährlich“. Noch wichtiger als eine Überprüfung der Kompetenzverteilung sei im übrigen ein besser funktionierendes System der Kooperation. Vor allem auf dem Gebiet der Bildungspolitik und der Erziehungspolitik sei einiges zu tun. Er habe die Ministerpräsidenten der Länder für Ende Januar nach

Bonn eingeladen, um mit ihnen über die Probleme unseres bundesstaatlichen Systems zu sprechen. Er hoffe dabei auf Verständnisbereitschaft und guten Willen.

Einen großen Teil seiner Ausführungen widmete der Kanzler auch den Protestaktionen der jungen Generation im ablaufenden Jahr 1968. Wörtlich meinte er zum Aufbegehren der jungen Generation: „Kleinmut und Bänglichkeit würden bestimmt nichts helfen. Ebenso wenig würde eine starre und erboste Abwehr von Impulsen helfen, die möglicherweise berechtigt sind.“ Bemerkenswert sei es jedoch, daß die Studentenunruhen zu Ostern zwar viel Lärm gemacht, aber nicht, „wie in Frankreich“, einen großen Teil des Volkes mit sich gerissen hätten. Das beweise die Stabilität der Verhältnisse in unserem Lande. Das sei allerdings auch kein Zufall, da hier eben „viele Jahre lang eine gute und konsequente Politik gemacht“ worden sei. Diejenigen jedoch, die Reformen oder größere Flexibilität forderten, verlangten „etwas Berechtigtes“. Den anderen dagegen, „die nur aus einem nihilistisch-destruktiven Wollen oder aus einem blinden politischen Utopismus heraus alles niederreißen“ wollten, müsse man „klar und entschieden“ entgegenreten. Die „Diskutierwut“ bei vielen jungen Menschen gehe offenbar auf das Bedürfnis zurück, „den Dingen auf den Grund zu kommen“. Im Blick auf die Schnelligkeit der Entwicklung müsse man zugestehen, daß überall neue Formen und neue Institutionen entwickelt werden müßten. In diesem Sinne sei auch die begonnene Verwaltungs- und Regierungsreform ein permanenter Anpassungsprozeß an die Bedürfnisse unserer Zeit.